

Vor einigen Jahren kam es in der kanadischen Provinz Alberta zu einer ungewöhnlichen innerparteilichen Frontstellung in der regierenden konservativen Partei. Auslöser war die Frage, wie die Regierung mit den (recht beliebten) Spielautomaten umgehen solle. Eine Gruppe innerhalb der konservativen Partei argumentierte, diese Automaten seien eine sprudelnde Einnahmequelle, die das Steueraufkommen der Provinz verbessere. Es gebe deshalb keinen Grund, neben den bereits bestehenden Lizenzen weitere auszugeben. Eine andere Gruppe hob hervor, dass diese Art von Glücksspiel süchtig mache und diese Form des Glücksspiels deshalb im Interesse der Menschen und der Familien, die dadurch ins Unglück gestürzt worden seien, verboten werden solle. Diese Diskussion war bemerkenswert, weil die beiden Flügel der konservativen Partei deutlich hervortraten: auf der einen Seite konservative Technokraten mit einem Schwerpunkt auf fiskalpolitischer Austerität, einem schlanken Staat und einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, auf der anderen Seite eine christlich motivierte Gruppe, die aus ihrem Welt- und Menschenbild heraus sehr viel stärker geneigt war, regulierend in den Markt einzugreifen und ihre Vorstellung des guten Lebens in die Mitte der Gesellschaft zu transportieren.

Sicherlich, das kanadische Parteiensystem ist von einer anderen Tradition geprägt als das deutsche. Und dennoch blitzt in dieser Frontstellung ein Grund-

konflikt auf, der auch für die christliche Demokratie prägend ist. Um diesen genauer zu verstehen, muss man in der Geschichte ein wenig zurückgehen, in die Zeit der Aufklärung.

Der autonome Mensch

Diese sollte nach dem Diktum von Immanuel Kant den Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit befreien. Die Aufklärung verteidigte den autonomen Menschen, der kraft seines Verstandes sein Leben selbst gestaltete. Das wirtschaftliche Pendant dazu wurde der rational kalkulierende *Homo oeconomicus*, wie er unter anderen von Adam Smith beschrieben wurde. War der Mensch aber selbstbestimmt sowohl als soziales Wesen wie auch als wirtschaftliches Subjekt, konnte staatliches Handeln auf die unabweisbaren Grundfunktionen reduziert werden. Für Adam Smith etwa waren dies die Justiz, die Verteidigung, die Infrastruktur (zum Beispiel Verkehrswege) und die Bildung. Smith richtete seinen Entwurf gegen die merkantilistische Wirtschaftspolitik, in der der Staat aktiv in die Wirtschaft intervenierte. Erfolgversprechender nach Smith war aber die Trennung von staatlichem Handeln und wirtschaftlicher Unternehmung. Die Befreiung der Wirtschaft von den Fesseln staatlicher Regulierung würde Wachstumskräfte freisetzen, und diese konnten letztlich der ganzen Gesellschaft zugutekommen. Zugespielt formuliert, würde sich das Streben des Einzelnen nach Reichtum und Glück durch den Markt so

übersetzen, dass es der Gesellschaft insgesamt nützlich sei.

Gegen diese optimistische Grundposition der Aufklärung, die sich in der Französischen Revolution zu der Idee der Machbarkeit der Gesellschaft steigerte, hatte sich zunächst eine konservative Gegenbewegung abgearbeitet.

Bedingtheit menschlicher Existenz

Hier ist der eigentliche historische Ursprung eines sich selbst bewussten Konservatismus: in den Reflexionen etwa eines Edmund Burke, der gegen den Fortschrittsoptimismus der Zeit die historische Bedingtheit menschlicher Existenz hervorhob. Aber auch die Soziallehre der katholischen Kirche griff in die Debatte ein, deutlich später, aber eben nachhaltig in der Opposition gegen die zersetzenden Wirkungen eines auf die Spitze gesteigerten Liberalismus.

Gegen diesen liberalen Individualismus machte die kirchliche Soziallehre geltend, dass der Mensch keineswegs so autonom sei wie von der Aufklärung behauptet. Aufgrund seines Wesens sei der Mensch als Person ein gesellschaftliches Wesen und könne sich nur in solidarischer Kooperation selbst verwirklichen. Zweck menschlichen Zusammenlebens sei das Gemeinwohl, dessen Inhalt wiederum auf die Verwirklichung des Menschen als Person zurückverweise. Damit stellte sich die Soziallehre gegen die Position, Menschen müssten nur egoistisch handeln, um das Allgemeinwohl zu befördern. Sicherlich, in der Industrialisierung gab es auch genügend Anschauungsmaterial, um diese These *ad absurdum* zu führen. Aber indem die Soziallehre die menschliche Würde und das Erfordernis der Solidarität betonte, gab sie dem Staat einen Gestaltungsauftrag. Der Staat sollte die schädlichen Wirkungen menschlicher Egoismen eindämmen und denjenigen helfen, die nicht selbst sich zu helfen in der Lage waren. Dabei sollte die Organisation des Gemein-

Zeitgenössisches Porträt des britischen Politikers und Publizisten Edmund Burke (1729 bis 1797).

Er gilt heute als geistiger Vater des Konservatismus und verfasste mehrere Kampfschriften. Sein wichtigstes Werk war „Reflections on the Revolution in France“ („Betrachtungen über die Französische Revolution“) von 1790.

© picture-alliance/dpa

Name des Fotografen/Porträtisten ist nicht bekannt



wohls durch das Prinzip der Subsidiarität geregelt werden: Der Staat hatte dort keinen Gestaltungsauftrag mehr, wo die Glieder des Sozialkörpers etwas selbst gestalten und zu einem guten Ende führen konnten. Hierin liegt auch ein – heute kaum mehr verständlicher – Grund, warum in der Parteienlandschaft des neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts konservative und liberale Parteien weit häufiger als Antagonisten denn als Koalitionspartner in Erscheinung traten.

Soziale Marktwirtschaft und gefährdete Balance

Seit der Entwicklung dieser beiden Grundpositionen haben sich Wirtschaft,

Staat und Gesellschaft weiterentwickelt. Der starke Impuls aus der Soziallehre, der die Gründung der Union begleitete, wurde durch die Idee der Sozialen Marktwirtschaft temperiert und gleichzeitig erfüllt: Wachstum durch Freisetzung wirtschaftlicher Kräfte bei gleichzeitiger Rückbindung des Marktgeschehens an das Gemeinwohl durch Sozialpartnerschaft und die Sozialbindung des Eigentums, den Aufbau umfangreicher sozialpolitischer Netzwerke und den Ausbau von Strukturen, die Chancengerechtigkeit herstellen sollten. Diese Balance ist durch zwei Entwicklungen problematisch geworden. Zum einen hat eine lang anhaltende strukturelle wirtschaftliche Krise in der Bundesrepublik dazu geführt, dass Wachstum seine scheinbare Selbstverständlichkeit verloren hat. Zum anderen ist durch die Globalisierung wirtschaftliches Handeln vielfach entgrenzt worden. Die Mobilität von Kapital ist erheblich gestiegen. Der Staat wird zu einem Wettbewerbsstaat, der mit anderen Standorten um frei flottierendes Investitionskapital konkurriert.

Günstige Rahmenbedingungen

Doch welches sind die günstigen Rahmenbedingungen, die den „Standort Deutschland“ ausmachen?

Nach einer Lesart haben die günstigen Rahmenbedingungen damit zu tun, dass der Staat entmachtet wird, die Regulierungsdichte zurückgenommen, Arbeitskosten gesenkt, Sozialausgaben teilprivatisiert und Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte abgebaut werden. Das ist das Programm des technokratischen Konservatismus, das sich von der neoliberalen Minimalstaatskonzeption nur noch in Nuancen unterscheidet. Demgegenüber haben sich in den letzten Jahren aber auch die Stimmen des klassischen Konservatismus zu Wort gemeldet. Dieser Konservatismus ist humanistisch oder christlich informiert. Er befürwortet Grenzen

und Begrenzungen, weil sie dem Menschen Schutz und Behausung bieten. Er weiß um die Unvollkommenheit des Menschen, um seine Mängelhaftigkeit aus seiner Natur heraus. Deswegen befürwortet er Institutionen. Sie sind handlungsleitend, sie stützen den Menschen. An erster Stelle gilt dies für die Familie. Sie ist der naturrechtlich begründete Ort, an dem sich Menschen aufeinander beziehen, und zwar als Mann und Frau. Sie ist der Ort, an dem Kinder in ihre sozialen Rollen hineinwachsen – nicht in den Kitas als staatlich bereitgestellten Ersatzsozialisationsagenturen. Familien sind Keimzellen der Gesellschaft und symbolisieren den Generationenvertrag. Deswegen sind sie den Konservativen wichtig. Eine Gesellschaft aber, die sich nur über Arbeitsleben definiert und die aus den vielfach prekären Beschäftigungsverhältnissen keine stabile Basis für eine Familie aufzubauen in der Lage ist, bleibt ihnen suspekt.

Machtgeschützte Entfaltung

Eine zweite Institution ist der Staat. Er ist Garant für Sicherheit und Freiheit. Er bietet den Freiraum machtgeschützter Entfaltung. Nur der Staat kann den von Thomas Hobbes beschriebenen Naturzustand eines Krieges aller gegen alle eindämmen. Der Mensch ist unvollkommen und vermutlich ein Egoist und braucht deswegen Leitplanken der Verhaltensstabilisierung. Der Staat ist wichtig als Garant von Sicherheit und Stabilität, auch von sozialer Sicherheit. Aber er darf nicht selbst den partikularen Interessen zum Opfer fallen, sondern in kluger Selbstbeschränkung das Gemeinwohl nicht aus den Augen verlieren. Nur im Staat, nicht aber in der Ortlosigkeit der globalen Finanzströme oder den Weltbürgerfantasien eines sich kosmopolitisch gerierenden Liberalismus ist der Mensch eingehaust; deswegen ist für den Konservativen auch die Souveränität des Staates von hoher Bedeutung, auch und gerade als Gegenmacht zu einer

die nationalen Grenzen überschreitenden Weltwirtschaft. Letztlich bleibt nämlich alles Wirtschaften an die Institution des Eigentums gebunden, die nur national garantiert werden kann.

Maß, Mitte und Gleichgewicht

Der klassische Konservative schätzt Maß, Mitte und Gleichgewicht. Maß und Mitte sind ihm bei den Exzessen an den Finanzmärkten längst verloren gegangen; eine Wirtschaft, die sich zwar rational, aber nicht mehr vernünftig verhält, schadet dem menschlichen Zusammenleben. Maß und Mitte findet er wirtschaftlich im Mittelstand, in den familiengeführten Unternehmen, in Unternehmen, die sich zu einem Standort bekennen und nicht vagabundierend hinter den billigsten Arbeitskräften durch die Welt ziehen. Maß, Mitte und Gleichgewicht bestimmen das Bild auch mit Blick auf die soziale Dimension des Zusammenlebens. Nicht von den Rändern, von den Vororten der Gesellschaft muss diese gestaltet werden, sondern aus der Mitte heraus. Das bedeutet aber auch: Nicht die partikularen Interessen Einzelner oder ihrer Interessenverbände sind das Maß der Dinge, sondern das gesamtgesellschaftliche Gleichgewicht.

Es spricht vieles dafür dass diese Version konservativen Denkens in den letzten Jahren an Fahrt aufgenommen hat. Nicht umsonst spricht der Koalitionsvertrag von „Zusammenhalt“, und dieser kann durch Wachstum und Bildung allein nicht generiert werden. Die Variante des technokratischen Konservatismus, die noch vor wenigen Jahren die Politik der CDU bestimmte, ist durch die Entwicklungen der vergangenen Jahre nachhaltig diskreditiert worden. Sie war auch

intellektuell nicht auf der Höhe der Argumente, sondern diente eher der Bemäntelung partikularer Interessen. Der technokratische Konservatismus war eine bedingungslose Kapitulation vor dem Vordringen der Globalisierung. Der klassische Konservatismus beschwört demgegenüber den Eigenwert der Institutionen gerade auch in der Globalisierung. Diese zu stärken macht auch die günstigen Rahmenbedingungen des Standorts Deutschland aus.

Klassischer, temperierter Konservatismus

Der Standort Deutschland besteht eben nicht nur aus wirtschaftlichen Kenngrößen, die den Menschen zum Mittel wirtschaftlicher Zweckemachen. Er besteht aus einer gewachsenen Sozialpartnerschaft, die die Mitverantwortung für das Ganze einfasst. Er besteht aus dem hohen Bildungs- und Ausbildungsniveau, das Innovation und Produktivität ermöglicht. Er besteht aus einem verlässlichen sozialen Netz, das die soziale Stabilität garantiert. Der Standort Deutschland besteht aus staatlichem Handeln, das berechenbar, nachvollziehbar und transparent ist, öffentliche Güter schützt und in die Infrastruktur investiert. Er besteht nicht ausschließlich in der Verwertungsperspektive des Faktors Kapital, sondern in der stabilen Lebensperspektive des „Produktionsfaktors“ Arbeit. Die Zukunft der christlich-demokratischen Regierungsfähigkeit hängt davon ab, diesen klassischen, temperierten Konservatismus wieder zur Geltung zu bringen, gegen die Exzesse einer falsch verstandenen Liberalisierung und ihre Minimalstaatskonzeptionen. Dies ist nach der Krise notwendiger denn je.

Im **Dezember** legt die **Politische Meinung** ihren Schwerpunkt auf das neue Forschungsfeld der

Synthetischen Biologie

und ihre ökonomischen, sozialen, sicherheitspolitischen und ethischen Konsequenzen.